

Thema Wohngeld bleibt strittig

Gocher Verein für Sozialberatung kritisiert SPD

RP-Online
10.04.2026

Von Anja Settnik

Goch · Die Grünen hatten den Antrag gestellt, die SPD unterstützte ihn, aber abgelehnt wurde er mit Mehrheit doch. Warum auch der Vorschlag der Sozialdemokraten in den Augen des Vereins für Sozialberatung nichts bringt.

Der Antrag der Grünen, für die schnellere Bearbeitung von Wohngeldanträgen eine neue Stelle bei der Stadtverwaltung zu installieren, wurde im Rat aus Spargründen abgelehnt. Obwohl die [SPD](#) den Antrag unterstützte – viel zu lange warteten Menschen, die sich die Unklarheit nicht leisten können, auf einen Entscheid aus dem Rathaus. Gibt es Personengruppen, die von der schwierigen Situation besonders betroffen sind? Und wäre es vielleicht eine Hilfe, den Bewilligungszeitraum zu verlängern? Das will der Verein für Sozialberatung nicht so stehen lassen, wie sein Vorsitzender Frank Schagarus mitteilt.

„Aus den Erfahrungen der Beratungspraxis halten wir eine Ausweitung des Bewilligungszeitraums bei gleichbleibenden Einkommen für nicht zielführend“, schreibt er. Bereits jetzt liege der Bewilligungszeitraum bei gleichbleibenden Einkommen bei zwölf Monaten, eine Ausweitung auf 24 Monate, wie es das Wohngeldgesetz erlaubt, würde durch die jährlichen Rentenanpassungen und Tarifverhandlungen zu regelmäßigen Überzahlungen führen, die dann mit zusätzlichem Verwaltungsaufwand zurückgefordert werden müssten. Als eine vorübergehende Maßnahme wäre aber eine Priorisierung nach verfügbarem Vermögen vorstellbar, denn das Schonvermögen beim Wohngeld liegt bei 60.000 Euro für den Singlehaushalt und 30.000 Euro für jede weitere Person.

„Betroffene mit einem tatsächlich verfügbarem Vermögen von über 10.000 Euro könnten eine längere Bearbeitungszeit in Kauf nehmen, denn sie bekommen das Wohngeld nachgezahlt. Betroffene ohne jegliches Vermögen könnten dann bevorzugt behandelt werden, um Mietrückstände auszuschließen“, so Schagarus. Oberstes Ziel müsse allerdings bleiben, die Bearbeitungszeiten auf das gesetzlich vorgeschriebene Maß zurückzuführen, wozu mehr Personal benötigt würde.

(nik ove)